

## BIs wollen zusammenarbeiten

Bürgermeister, Gemeinderäte und Bürgerinitiativen zur Vorzugsvariante für die B31 West

**Breisach/Gottenheim/Ihringen/Merdingen.** Viele unterschiedliche Reaktionen folgten vergangene Woche der Bekanntgabe der Vorzugsvariante für die B31 West von Breisach nach Gottenheim durch Steffen Bilger, Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium. Bürgermeister der betroffenen Gemeinden Breisach, Gottenheim, Ihringen und Merdingen, Vertreter von Bürgerinitiativen sowie Gemeinderatsfraktionen nahmen Stellung zu der vom Bundesministerium favorisierten Trasse.

Bei aller Freude, dass die für Gottenheim unerträgliche Tunibergtrandtrasse und die Hochspannungstrasse auf Gottenheimer Gemarkung aus dem Spiel sind - Bürgermeister Christian Riesterer ist nicht mit der Vorzugsvariante einverstanden. „Wir haben einen klaren Gemeinderatsbeschluss: Wir fordern die Prüfung der modifizierten Variante Gottenheim, die jenseits der Bahnlinie Richtung Wasenweiler verläuft und die Bahn mit einer Brücke quert. Der geplante Trog durch das Niedermoor ist für uns ein unerträglicher Eingriff in die Natur“, so der Gottenheimer Bürgermeister gegenüber dem ReblandKurier. Miriam Engelhardt von der Gottenheimer Bürgerinitiative „B31 West - Nein Danke“ fordert sogar die Prüfung der „Nullvariante“, also der Verzicht auf den Bau der Bundesstraße. „Hier wird eine Planung aus dem letzten Jahrhundert umgesetzt“, so Engelhardt. Alternativ, so die BI aus Gottenheim, sollten unter anderem der Ausbau der S-Bahn, der Bau von Schnellradwegen und die konsequente Verkehrsberuhigung in den Ortschaften geprüft werden. „Die Kosten stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen dieser 12 Kilometer langen Bundesstraße.“

Obwohl viele Ihringer und Einwohner von Wasenweiler die Entscheidung für die Variante südlich des Schachenwaldes positiv bewerten, haben die Grünen in Ihringen eine eindeutige Position: „Der Weiterbau der B31 und die damit verbundene Flächenversiegelung bedeutet die Zerstörung landwirt-



Von der schon bestehenden Brücke kommend soll die Bundesstraße bei Gottenheim unter der Bahnlinie durch – mit einem Trog mitten durch das schützenswerte Niedermoor „Wasenweiler Ried“.

Foto: ma

schaftlicher Flächen und die Zerschneidung des Niedermoors. Dies ist in Zeiten des Klimawandels nicht zu verantworten. Die Grüne Gemeinderatsfraktion in Ihringen hat sich in der Vergangenheit immer gegen den Weiterbau der B31 ausgesprochen und sich für die Entwicklung alternativer Verkehrskonzepte eingesetzt. Diese Arbeit werden wir gemeinsam mit Initiativen der anderen Ortschaften, fortsetzen“, so Felix Treiber für die Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ in Ihringen.

In Merdingen hatten sich bei einer Unterschriftenaktion im Dezember 2018 1.133 Merdinger Bürgerinnen und Bürger gegen den Bau einer Bundesstraße auf Merdinger Gemarkung ausgesprochen. „Ein klares Votum“, so Stephanie Reisenberger von der BI „Keine Bundesstraße auf Merdinger Gemarkung“. „Unsere Bürgerinitiative ist über die Entscheidung zum Weiterbaus der B31 West erschüttert. Denn unabhängig davon, welche Variante umgesetzt wird, sind die Mitglieder überzeugt, dass diese Straße in Zeiten des Klimawandels und der Verkehrswende nicht mehr zu verantworten ist“, so die BI in einer Stellungnahme. Für Merdingen sieht die BI „gravierende Mehrbelastungen“ in Langgasse und Löschgraben. „Häuser am westlichen Ortsrand und in erhöhten Lagen in Hinterhofen, Abtshof und Biengärten werden den Lärm der Bundesstraße besonders hören. Die Na-

tur- und Kulturlandschaft vor unserer Haustür wird rigoros zerschnitten“, so die Merdinger BI.

In Breisach und insbesondere in Gündlingen und Hochstetten ist man mit der Entscheidung, die B 31 West auf Breisacher Gemarkung entlang der Hochspannungstrasse zu führen, nicht einverstanden. „Es ist völlig unvorstellbar, dass unsere einzigartige Natur und Kulturlandschaft von solch einer zusätzlichen Straße durchschnitten wird“, so Gündlingens Ortsvorsteher Thomas Vierlinger. Der Vorstand der BI „Kei Bundesstroß vor unsri Haustür“ in Gündlingen und Hochstetten ist, ähnlich wie Bürgermeister Oliver Rein, „verwundert und enttäuscht über die Entscheidung zur Vorzugstrasse“. Hochstetten werde endgültig eingekesselt und Gündlingen von Agrar- und Erholungsflächen abgetrennt. „Das ist ein Schlag ins Gesicht von Landwirten, Naturschützern und Bürgern“, so Edwin Schächtele für die Gündlinger BI.

Die Grünen-Fraktion in Breisach verbindet die Ablehnung der Bundesstraße mit einer Forderung an die Politik: „Wir fordern die Bundesregierung auf, dem Vorhaben ein Moratorium auszusprechen und einer neuen Bundesregierung ab Herbst die Möglichkeit zu geben, den Bundesverkehrswegeplan zu überarbeiten, bei dem dann dem Ausbau der Schiene absoluter Vorrang gewährt werden soll.“ (ma)